Franziska Eichstädt-Bohlig

WOHNEN IN DER GROSSSTADT

Vortrag auf der Konferenz „LEBENSWERTE STADT“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen am 20.9.2008 im Deutschen Bundestag, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

Wer das Wohnen in den Städten und Großstädten stärken will, darf nicht auf die klassische Wohnungspolitik warten, sondern muß aktiv an einer integrierten Stadt- und Regionalpolitik arbeiten. Integrierte Stadtpolitik meint eine Politik, die sich den heutigen Herausforderungen vor allem in den Bereichen Klimaschutz mit innovativer Energie- und Verkehrspolitik, Bildungs- Kinder- und Jugendpolitik, Integration, Arbeitsmarktpolitik gleichermaßen mit konkreten Konzepten stellt und dies auch bei knapper Kassenlage.

Die traditionelle Wohnungspolitik ist soziale und quantitative Wohnraumversorgungspolitik – früher der Soziale Wohnungsbau, heute Soziale Wohnraumförderung. Für dieses Feld ist die Zuständigkeit nach den Beschlüssen der Föderalismuskommission I vom Bund auf die Länder übergegangen.

Die Zuständigkeit für die Städtebauförderung hat nach wie vor der Bund.

Die Planungshoheit liegt bei den Kommunen – die sie zu oft an Investoren abtreten.

Die städtebaulichen Handlungsfelder des Bundes sind unter Rot-Grün ausgeweitet worden. Es sind:

- Die städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Der städtebauliche Denkmalschutz (seit 1991 im Osten, geplant ab 2009 auch für den Westen)
- Programm „Soziale Stadt“, unterstützt durch ESF-Programme für Beschäftigung, Bildung und lokale Ökonomie)
- Programm „Stadtumbau Ost“
- Programm „Stadtumbau West“
- Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“
- Investitionspakt „Klimagerechte Stadt“

Leider ist keines dieser Felder mit Impulsen für eine veränderte städtische Verkehrspolitik verknüpft, obwohl das Ministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung gerade auch für die Verkehrsentwicklung zuständig ist.

Die Bundesregierung (BMVBS) hat eine„Initiative zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ ausgerufen, die sich wesentlich auf die genannten Programme stützt, ergänzt um die im ExWost gebündelten Forschungsvorhaben, die Unterstützung der Bundesstiftung Baukultur und eine Veranstaltungs- und Kommunikationsstrategie.

Wichtige gesellschaftliche Trends stehen heute für das Wohnen in der Stadt und gegen den Fortgang der Zersiedlung :
Das Leitbild der Industriegesellschaft: „Eine Familie – ein Häuschen – ein Alleinernährer mit Arbeitsplatz bis zur Rente“ trägt immer weniger.
Die Frau kann und will nicht als „Grüne Witwe“ in den Vororten versauern. Sie muß und möchte am Berufsleben und am Gelderwerb teilhaben. Das Erwerbsleben ist generell sehr unstet und verlangt eine neue Art von Mobilität, die sich mit der Eigentumsbildung im Vorort oft nicht verträgt.
Das Auto wird immer teurer. Die Auto-Abhängigkeit muß reduziert werden.
Die neuen Ökonomien sind urban und prägen auch urbane Lebensstile. Die Randwanderung von Arbeitsplätzen ist mit den neuen Ökonomien deutlich zurückgegangen.

Mit diesen Entwicklungen hat sich der Sog an die Siedlungsränder zwar verlangsamt. Der Wegfall der Eigenheimzulage hat auch das Bauen an den Siedlungsrändern verlangsamt. Insgesamt aber ist es nach wie vor so, dass immer noch mehr Haushalte – vor allem junge Haushalte – nach draußen ziehen als rein in die Stadt bzw. in der Stadt bleibend. (Bsp. Aktuelle Studie für Berlin im Auftrag des Berliner Mietervereins). Auch der Zuzug von Haushalten aus stadtferneren Regionen geht bevorzugt an die Siedlungsränder und nicht in die Stadt.

Ich stelle in meinem Beitrag die „Familienfreundlichkeit“ ins Zentrum. Dies zum einen, weil familienfreundliche Wohnungen in der Regel auch für andere Wohnbedürfnisse geeignet sind, gerade in urbanen Milieus. (abgesehen von Barrierefreiheit) Zum anderen, weil die Familienbildung und damit verbundene Wohnentscheidungen oft auch langfristige und standortprägende Entscheidungen sind.

Daß nach wie vor mehr Menschen raus aus der Stadt ziehen als in der Stadt zu wohnen, hat zwei wesentliche Ursachen:

- die schlechtere Lebensqualität in der Stadt, v.a. bedingt durch den Autoverkehr, Lärm, Emissionen, Unfallgefahren, wenig Grün etc.
- das Bodenpreisgefälle, nach dem -Wohnkosten innen besonders teuer und außen am preiswertesten sind.

Stadtpolitik, die das Wohnen in der Stadt attraktiv machen will, muß auf mehreren, sehr unterschiedlichen Ebenen aktiv werden. Handeln müssen die Städte zuallermeist selbst. Sie brauchen aber auch Unterstützung von Ländern und Bund. Hier ist ein zentrales Problem, dass der Bund offiziell „raumneutral“ agiert, de facto aber über lange Jahre die Kleinsiedlungsstrukturen begünstigt hat. (Eigenheimzulage; Pendlerpauschale) Dies wurde besonders von den Flächenländern forciert, die periphere Regionen bevorzugt stützen wollen.

Was sind wichtige anstehende Aufgaben zur Stärkung des Wohnens in der Stadt?

1) BEZAHLBARE, GROSSE WOHNUNGEN in der (Innen-) Stadt

- Planungsrecht nutzen, Mischung von Wohnen und Arbeiten konsequent vorantreiben
- urbane Industrie- und Infrastrukturbrachen nutzen
- Sanierung und Stadtumbau für familienfreundliches Wohnen nutzen
- Auf angemessene Dichte achten
- Potenziale der städtischen Wohnungsunternehmen mobilisieren
- Baugruppen unterstützen, v.a. dafür Grundstücke bereitstellen und vermitteln

2) URBANES WOHNEN MIT LICHT; LUFT UND GRÜN

- Wohnen, wo immer möglich, mit privaten und öffentlichen Frei-, Spiel- und Grünflächen verknüpfen. Der Klimawandel macht dies immer dringlicher
- Wo möglich, Terrassen, Minigärten, gut abgeschirmte Balkons bauen
- Luft- und Klimaschneisen und Grünflächen entschlossen verteidigen

3) WENIGER AUTO – MEHR WOHN-_ UND LEBENSQUALITÄT

Der städtische Autoverkehr mit Lärm, Emissionen, Unfallgefahren und viel Blech auf den Straßen ist ein wesentlicher Faktor der Minderung der urbanen Lebensqualität. Da darüber heute Vormittag schon intensiv diskutiert wurde, kürze ich das ab mit der Formel:

- mehr urbane Lebensqualität auf Straßen und Plätzen systematisch zurückerobern:
- zum Flanieren, für Cafés, Public viewing, zum Spielen

- Lärm muß als wichtiger Mietminderungsfaktor in die Mietspiegel
- Lärmminderungspläne, die den Lärm nur von Straße zu Straße verlagern, sind nichts wert!
- Aktionen „Parking-Day“ nach NewYorcker Vorbild machen richtig Spaß!

4) WOHNEN – ERZIEHUNG UND BILDUNG

Mit der Schule fällt die Entscheidung über Wohnstandortwahl. Damit wird die Schulsituation oftmals prägend für die soziale Zusammensetzung und soziale Stabilität eines Stadtteils.

Eine zentrale Aufgabe liegt darum darin, vor allem in sozial unterprivilegierten und stark von ethnischen Minderheiten geprägten Stadtteilen besondere Investitionen in die Qualität der Kitas und der Schulbildung zu leisten:

- Kitas zu Bildungsstätten und Familienzentren machen (ohne Überforderung!)
- Gute und kreative Schulen / Ganztagsschulen
- Schulen als Nachbarschaftszentren mit aktiver Einbindung der Eltern
- Frage: Sollten Schulen von der Landesebene ganz in die Zuständigkeit der Kommunen übergehen?
- Für gute Infrastrukturen brauchen Kommunen gute Finanzausstattung!

5) WOHNEN UND SOZIALE MISCHUNG

Alle Menschen suchen Wohnorte mit einem soziokulturellen Milieu, dem sie sich zugehörig fühlen.

Wichtige Aufgabe der Kommune ist es, soweit wie irgend möglich, eine sozial ausgewogene Mischung in den Stadtteilen zu erreichen. Sie muß vor allem der sozial-ethnischen Ausgrenzung und der Abwertung von Stadtteilen entgegenwirken.

- Strategien der interkulturellen Vernetzung und Kooperation erarbeiten und durchsetzen
- Programm Soziale Stadt nutzen, aber nicht dabei die fachpolitischen Verantwortlichkeiten demontieren
- Stadtweite Wohnversorgungskonzepte für bedürftige Haushalte mit den städt. Wohnungsunternehmen und den Belegrechten an Sozialwohnungen (soweit noch vorhanden) erarbeiten und fortschreiben

- Konzepte der Bürgerbeteiligung und Bürgeraktivierung
- Arbeit der JobCenter mit Quartiersmanagement verzahnen
- Spezielle Initiativen für (Migranten-)Jugendliche für Ausbildung, Nachqualifizierung- und Beschäftigung
- ....

6) WOHNEN IN DER GROSSSIEDLUNG

Neben bestimmten Altbauquartieren werden in den Großen Städten schrittweise auch die Großsiedlungen zu Orten sich konzentrierender sozialer Probleme. (Mit Leerstand ebenso wie ohne)

Der Bund wird (hoffentlich) ab 2009 ein neues Programm zur Stabilisierung und Weiterentwicklung von Großsiedlungen einführen.

Die Städte sind gefordert, ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung ihrer Großsiedlungen, der sozialen Struktur, des baulichen Erneuerungsbedarfs (Energie!) und v.a. der Infrastrukturen zu lenken.

7) WOHNEN IM ALTER

Die frühere Heimpolitik gehört in die Mottenkiste.
Die Stichworte heissen:

- Barrierefreies Wohnen – barrierefreier Städtebau – zumindest schrittweise
- Unterstützung von Generationen Häusern, Senioren WGs, Wohngemeinschaften für Demenzkranke u.ä.
- Stadtteilnahe Sozialstationen und Pflegehilfen

Sicher gibt es noch weitere wichtige Bausteine, die das Wohnen in der Stadt begünstigen und attraktiv machen.

Mir sind noch einige harte Fakten wichtig:

1. Um insbesondere ihre Infrastrukturen zu modernisieren und attraktiv zu gestalten, brauchen die Kommunen mehr Geld und größere Handlungsräume. Die hundertfach ausgesprochene Forderung nach einer Gemeindefinanzreform, die die Städte stärkt, ist eine wesentliche Forderung.

2. Ich wage es nicht, die alte, aber nie durchsetzbare Forderung nach einer veränderten Verteilung der Einkommenssteuer aufzurufen. Die Einkommensteuer geht an den Wohnort, nicht an den Arbeitsort der Arbeitnehmer. Damit werden alle Eigenheim – Speckgürtelgemeinden begünstigt, aber die großen Städte mit ihrer sehr komplexen und umfassenden Infrastruktur werden benachteiligt. Ich meine, die Forderung, dass ein gewisser Anteil an der Einkommenssteuer beim Arbeitsort verbleiben sollte, darf nicht so ganz in den Schubladen verschwinden.

3. Die Grundsteuer spielt trotz der kommunalen Hebesatzrechte beim Steueraufkommen in Deutschland eine sehr untergeordnete Rolle. Sie muß endlich reformiert werden. Gleichzeitig sind die Kommunen gefordert, diesen Hebel auch mit zu nutzen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

F. Eichstädt-Bohlig
Berlin, den 20.9.2008